



Geschäftsführung Hauptausschuss

Frau Müller

Telefon: (0221) 27549

Fax: (0221) 26570

E-Mail: petra-maria.mueller@stadt-koeln.de

Datum: 28.11.2017

Niederschrift

über die **29. Sitzung des Hauptausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 09.10.2017, 16:36 Uhr bis 17:24 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Herr Dr. Ralph Elster	CDU
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Niklas Kienitz	CDU
Herr Peter Kron	SPD
Herr Bernd Petelkau	CDU
Frau Brigitta Bülow von	GRÜNE
Herr Jörg Frank	GRÜNE
Frau Kirsten Jahn	GRÜNE
Herr Ralph Sterck	FDP

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jörg Detjen	DIE LINKE	Vertreter von Frau Stahlhofen
Herr Christian Joisten	SPD	Vertreter von Herrn Börschel

Verwaltung

Frau Beigeordnete Andrea Blome

Herr Beigeordneter Franz-Josef Höing

Herr Stadtdirektor Dr. Stephan Keller

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Frau Stadtkämmerin Gabriele C. Klug

Wie angekündigt soll das Konzept in der Sondersitzung des Finanzausschusses am Freitag (13.10.) vorgestellt und dort diskutiert werden. Der Beschluss zu den damit verbundenen Aufwendungen könnte im Anschluss per Dringlichkeitsentscheidung erfolgen.

Nach Diskussion wird die Aufnahme des Dringlichkeitsantrages mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis/90 Die Grünen und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Die LINKE mehrheitlich abgelehnt.

- 4.2 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Start des kommunalen Beschäftigungsprogramms vorziehen
AN/1494/2017

Herr Detjen regt an die Angelegenheit in der Sitzung des Finanzausschusses am 13.09. zu behandeln und lehnt deshalb die Dringlichkeit des Antrages ab.

Der Dringlichkeitsantrag wird mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion Die LINKE in die Tagesordnung aufgenommen.

Die nachfolgende Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1.1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2 Mitteilungen

- 2.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin

- 2.1.1 Kölner Perspektiven 2030
2794/2017

- 2.1.2 Themenwoche "Konrad Adenauer und die Stadt der Zukunft", 13.-20. Oktober 2017
3087/2017

- 2.1.3 Autonomes Zentrum Köln an der Luxemburger Straße 93
2316/2017/1

- 2.1.4 Abschluss des Vergabeverfahrens rettungsdienstlicher Leistungen
3089/2017

- 2.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion die Linke vom 09.10.2017
Silvester 2017 - Positive Bilder für Köln
Gemeinsam friedlich und fröhlich feiern am Dom
AN/1493/2017

4.2 Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.10.2017
Start des kommunalen Beschäftigungsprogramms vorziehen
AN/1494/2017

5 Dringlichkeitsentscheidungen

5.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Sonstige Allgemeine Vorlagen

7 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1.1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2 Mitteilungen

2.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin

2.1.1 Kölner Perspektiven 2030 2794/2017

Herr Bürgermeister Dr. Heinen bittet die Verwaltung nochmals um Überprüfung, ob das zentrale Feld der schulischen Bildung und nicht nur der Universität stärker eingebunden werden könne.

Herr Detjen fragt an, wie das Planungsinstrument sozialräumliche Sozialdaten aussehen zu dem bereits vor längerer Zeit ein Ratsbeschluss gefasst wurde. Das Thema wurde im Zusammenhang mit dem Armuts- bzw. Reichtumsbericht diskutiert.

Frau Oberbürgermeister Reker teilt mit, dass an dem Armutsbericht noch gearbeitet werde. Die Frage werde von der Verwaltung beantwortet.

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

2.1.2 Themenwoche "Konrad Adenauer und die Stadt der Zukunft", 13.-20. Oktober 2017 3087/2017

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

2.1.3 Autonomes Zentrum Köln an der Luxemburger Straße 93 2316/2017/1

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

2.1.4 Abschluss des Vergabeverfahrens rettungsdienstlicher Leistungen 3089/2017

Herr Joisten stellt die im zweiten Absatz gemachte Aussage, nach der die Hilfsorganisationen die rettungsdienstlichen Leistungen nicht sicherstellen konnten, in Frage. Der hier entstandene Eindruck, dass die dann zum Zuge gekommene Firma eine Lücke schließt, sei falsch. Er möchte wissen, wie es sein kann, dass ein Unternehmen, das an diesem Verfahren nicht beteiligt gewesen sei, dennoch Leistungen für die Stadt Köln erbringe.

Herr Dr. Elster fragt nach dem Controlling der Vergabe. Wie werde das Monitoring durchgeführt, wenn die Anbieter die Gegebenheiten vor Ort nicht kennen. Im AVR solle dazu von Zeit zu Zeit ein entsprechender Bericht vorgelegt werden.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller führt aus, dass er sehr froh sei, dass es gelungen sei, für die nächsten Jahre eine rechtssichere Vertragsbasis für die Erbringung der rettungsdienstlichen Leistungen zu akzeptablen Konditionen herzustellen. Das Verfahren zur Bereichsausnahme vor dem EuGH bleibe abzuwarten. Das in Rede stehende Unternehmen habe eine Bestandsgarantie, so dass sie nicht außen vor gehalten werden können.

Herr Dr. Lechleitner erläutert, das Unternehmen habe eine bestandsgeschützte Genehmigung außerhalb des öffentlichen Rettungsdienstes. Er verweist auf ein Urteil des bayrischen Verwaltungsgerichtshofes aus 1998. Es wurde damals entschieden, dass der öffentl. Rettungsdienst einen gewerblichen Rettungsdienst berücksichtigen muss, wenn er näher an der Unfallstelle liege, als er. Nach Abschluss des Verfahrens vor dem EuGH können das gegebenenfalls noch korrigiert werden.

Herr Stadtdirektor Keller schlägt vor, eine Mitteilung zum Vergabeverfahren zu erstellen, um das Thema dann gegebenenfalls nochmals aufgreifen zu können.

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

2.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion die Linke vom 09.10.2017

**Silvester 2017 - Positive Bilder für Köln
Gemeinsam friedlich und fröhlich feiern am Dom
AN/1493/2017**

Die Aufnahme des Dringlichkeitsantrages in die Tagesordnung wurde abgelehnt.

4.2 Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.10.2017

**Start des kommunalen Beschäftigungsprogramms vorziehen
AN/1494/2017**

Frau Gärtner erläutert den Dringlichkeitsantrag.

Frau Schultes begrüßt grundsätzlich den Antrag, gibt jedoch an, dass aufgrund der kurzfristigen Vorlage keine Möglichkeit der Recherche mehr bestand. Aus diesem Grund werde sich die SPD-Fraktion der Stimme enthalten.

Frau Gramm erläutert aus Sicht der Verwaltung die Rahmenbedingungen und betont, dass es sich um eine Spitzenfinanzierung von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen handelt, dem ein Bundesprogramm zugrunde liegt (ESF-Langzeitarbeitslosigkeit). Die Arbeitsverhältnisse werden jeweils für 18 Monate finanziert. Es handelt sich nicht um eine lineare 75 Prozent-Finanzierung, sondern die Beschäftigungsverhältnisse werden die ersten drei Monate mit 75 Prozent, neun Monate mit 50 Prozent und drei Monate mit 25 Prozent finanziert.

Dies führt im Ergebnis bei einer Spitzenfinanzierung auf 100 % für 18 Monate zu einer Kostenbeteiligung von insgesamt 46 % durch kommunale Mittel. Eine Beteiligung an bis zu max. 12 Stellen und nicht an 25 Stellen wird für vertretbar gehalten.

Dies würde eine finanzielle Mittelbindung in Höhe von ca. 120.000 € im Jahr 2018 und ca. 100.000 € im Jahr 2019 bedeuten. Damit wären dann noch ausreichend Mittel für andere Förderprogramme vorhanden.

Aller Voraussicht nach werden Mittel in diesem Haushaltsjahr nicht benötigt, müssten allerdings 2018 zur Verfügung gestellt werden. Insofern müsste bis spätestens am 13.10 ein entsprechender Beschluss gefasst werden.

Die Antragsteller übernehmen die von der Verwaltung angeregte Änderung, 12 anstelle von 25 Stellen zu ermöglichen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Spitzenfinanzierung der Lohnkosten von bis zu 12 - dem Jobcenter konkret vorliegenden - Stellen im Rahmen des ESF-Programms Langzeitarbeitslosigkeit (ESF-LZA) zum 01. November 2017 bzw. 01. Dezember 2017 zu ermöglichen, und hierzu den Trägern der Maßnahme für 2017, sofern erforderlich, Finanzmittel zur Verfügung zu stellen und eine Fortführung der Maßnahme ab 2018 durch das kommunale Beschäftigungsprogramm sicherzustellen.

Gegebenenfalls notwendige Finanzmittel werden bis zu einer Höhe von 30.000 € durch Minderausgaben bei der KdU im Haushalt 2017 gedeckt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Oberbürgermeisterin Reker, bei Stimmenthaltung der der SPD-Fraktion und der Fraktion Die LINKE zugestimmt.

5 Dringlichkeitsentscheidungen

5.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Sonstige Allgemeine Vorlagen

7 Mündliche Anfragen

Herr Sterck bezieht sich auf einen Pressebericht der letzten Tage über den römischen Abwasserkanal am Prätorium unter der Budengasse. Er soll wegen der Erweiterung des Prätoriums zur Archäologischen Zone geschlossen werden müsse. Ist die Darstellung in der Presse richtig und wenn ja, was gedenkt die Verwaltung dagegen zu tun?

Herr Detjen teilt mit, dass im Rahmen der Haushaltsberatungen der Fraktion Die LINKE klar wurde, dass es seitens der Verwaltung sog. Leitprojekte gibt, die im Haushalt den jeweiligen Dezernaten zugeordnet und teilweise auch im Stellenplan integriert sind. Er regt an, die Ausschüsse über die sog. Leitprojekte in einer Mitteilung zu informieren.

Frau Oberbürgermeisterin Reker sagt entsprechende Mitteilungen zu.